

Rundbrief

Nr. 14 / Dezember 2007



Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

Kontakt

Telefon: 030.440 130 28
Telefax: 030.440 130 29
info@asfrab.de
www.asfrab.de

Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

4. Dezember 2007

Liebe Freundinnen und Freunde,

beim Schreiben dieses Rundbriefs erleben wir ein Déjà-vu nach dem anderen. Ob Repression gegen Totalverweigerer, SPD-Strategien der Wehrpflicht-Konservierung oder altväterische Methoden des militärischen Totenkults - hier begegnet überall mehr Altbekanntes als Neues.

Euch wünschen wir, dass die Zeit des Jahreswechsels mit besseren alten und neuen Bräuchen gefüllt sein möge, und grüßen herzlich
Euer asfrab-Team ◀

Inhalt

Repression wie in alten Zeiten: Totalverweigerung · Traurige Radieschen · Wie bei den alten Preußen: Ehrentod fürs Vaterland? · Neuigkeiten in eigener Sache ◀

Repression wie in alten Zeiten:

Totalverweigerung

Mit dem System Wehrpflicht werden die (männlichen) Bürger eines Staates für militärische Dienste und Einsätze erfasst, gemustert, nach militärischen Erwägungen verwaltet und herangezogen. Seit fast 200 Jahren wird in Deutschland für König, Kaiser, Führer und für „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes“ (Gelöbnis- und Eidesformel der Bundeswehr) tapfer zwangsrekrutiert.

Das politische System kann sich ändern, die Wehrpflicht aber bleibt und damit ein Strafsystem, das diejenigen, die sich „Befehl und Gehorsam“ nicht beugen, zu spüren bekommen. Bundeswehr und Bundesamt für den Zivildienst haben 2006 insgesamt 856 Strafanzeigen allein wegen der Delikte „eigenmächtige Abwesenheit“ oder „Flucht“ (andauernde Abwesenheit) gegen Wehr- und Zivildienstleistende gestellt. Es handelt sich hierbei um Vergehen, die mit Freiheitsstrafen bis zu drei bzw. fünf Jahren geahndet werden können.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2005 truppenintern 832 freiheitsentziehende „Disziplinararreste“ bis zu 21 Tagen Dauer, zum Teil in Verbindung mit Geldbußen, gegen Grundwehrdienstleistende verhängt. Und dies geschieht auch heute noch in Verfahren, die rechtsstaatlichen Mindeststandards nicht genü-

gen. Will ein Vorgesetzter einem ihm anvertrauten „Staatsbürger in Uniform“ mittels Arrest zur Einsicht verhelfen, braucht er die Zustimmung der militäreigenen Gerichtsbarkeit („Truppendienstgerichte“). Deren Richter sind nicht unabhängig, sondern Militärjuristen des Wehrministeriums. Die beisitzenden Schöffen sind aktive oder aktive ehemalige Soldaten. Zudem werden sie bundeswehrintern bestimmt. Verhandlungen vor dem Militärgericht, wenn sie denn überhaupt stattfinden, sind nicht öffentlich. Eine Verteidigung gibt es nicht, und das Gericht muss seine Zustimmung nicht begründen. Immerhin: Der Arrestierte hat das Rechtsmittel der Beschwerde. Über die Beschwerde entscheidet dann der gleiche Militärrichter, der zuvor der Disziplinierung seinen militärischen Segen gab. Dass ein Arrest formalrechtlich keinen Strafcharakter haben darf, schert Truppenrichter wenig. Sie halten sich an die „uralte Volkswisheit, wonach derjenige, der nicht hören will, zum Schluss eben fühlen muss“ (Truppendienstgericht Nord, 19.12.2001).

Wehrpflichtige erfahren wie keine andere gesellschaftliche Gruppe Einschränkungen ihrer Grundrechte - informationelle Selbstbestimmung, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Entfaltung der Persönlichkeit, körperliche Unversehrtheit, Unverletzlichkeit der Wohnung - zum Wohle des Militärs. Gegen den staatlichen Zugriff auf Untertanen gibt es auch Widerstand durch die Betroffenen selbst. In den Jahren 2004 bis 2006 war die Truppe allerdings nicht mit Totalverweigerern konfrontiert. Sie wurden entweder ausgemustert oder von den Einberufungsbehörden „vergessen“. Doch in diesem Jahr sind drei Totalverweigerer zur Bundeswehr einberufen worden, Jonas Grote im April, Alexander Hense im Juli und Moritz Kagelmann im Oktober.

Die beiden Erstgenannten wurden nach jeweils zwei Arreststrafen aus der Bundeswehr entlassen, Jonas nach 42 Tagen auf Weisung des Ministers, Alexander nach 25 Tagen, weil das Truppendienstgericht einen dritten Arrest ablehnte. Beide hatten bereits ihren Prozess vor einer zivilen Instanz. Das Nürnberger Amtsgericht verurteilte Jonas zu 120 Stunden gemeinnütziger Arbeit, 40 mehr als die Staatsanwaltschaft forderte. Alexander wurde vom Amtsgericht Pforzheim die Auflage erteilt, 100 Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten. Gleichzeitig

setzte das Gericht die Verhängung einer Jugendstrafe für ein Jahr aus. In seinem Fall forderte die Staatsanwaltschaft eine achtmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Bei Moritz, den Feldjäger zwei Wochen nach dem vorgesehenen Dienstantritt der Truppe zuführten, endete der dritte Arrest Ende November. Anschließend wurde ein vierter Arrest von 21 Tagen verhängt, der kurz vor Weihnachten endet. Wie es dann weitergeht, ist unbekannt, sicher ist nur, dass Moritz seine Meinung nicht ändern wird.

Hinsichtlich der Motive, die zur Verweigerung geführt haben, unterscheiden sich die drei. Jonas: „Ich (kann) aus Nächsten- und Feindesliebe mit ruhigem Gewissen keinen Kriegsdienst leisten.“ – Alexander: „Einen Menschen seiner Grundrechte derart zu berauben, wie es die Wehrpflicht tut (...) sollte verboten sein und unter Strafe stehen.“ – Moritz: „...bei der Verneinung von Krieg (muss es sich) um ein radikales Nein gegen jeden Krieg handeln. Da (...) gehört die Verweigerung gegen die Grundlagen des Militärs unbedingt dazu: die Verweigerung von Befehl und Gehorsam in 'Friedenszeiten'.“

Wer Moritz unterstützen möchte, kann ihm schreiben und interessante Bücher senden:

**Moritz Kagelmann, c/o Barnim Kaserne
Umgehungsstrasse 1, 15344 Strausberg**

Der aktuelle Arrest läuft noch bis zum 19.12. Reichlich Post für Moritz ist auch ein Hinweis für die Bundeswehr, dass Moritz nicht allein dasteht! ◀

Traurige Radieschen

Die deutsche Sozialdemokratie machte auch auf dem Hamburger Bundesparteitag Ende Oktober ihrer Tradition als Radieschen wieder einmal alle Ehre: "außen rot und innen weiß", wie schon Tucholsky treffend bemerkte. In ihrem neuen, in Hamburg beschlossenen Grundsatzprogramm äußerte sich die SPD zur militärgestützten Außenpolitik: "Der Einsatz militärischer Mittel bleibt für uns Ultima Ratio. Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen." "Ultima Ratio" bedeutet: "letzter Lösungsweg", klingt also schon fast wie etwas, das eigentlich nicht zum Einsatz kommt. Nun haben in den letzten acht Jahren Bundesregierungen, teils SPD-geführt, teils großkoalitionär unter SPD-Beteiligung bekanntlich den letzten Lösungsweg schon recht häufig beschritten, noch interessanter ist aber, was eigentlich bedeutet: "wenn andere Mittel nicht ausreichen". Nehmen wir mal... finanzielle Mittel: Im Fall Afghanistans hat die Bundesrepublik im Jahr 2006 für "entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe" inklusive zweckgebundener Beiträge an UN und Weltbank 88 Mio. € ausgegeben. Und es wurden 2006 für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan 500 Mio. € ausgegeben. Noch einmal zum Mitrechnen: für "entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe" - 88 Mio., als "Ultima ratio" - 500 Mio. Wir werden sehen, ob das Verhältnis der "eigentlichen" und der "letzten" Mittel sich in Zukunft umkehren wird. Ein Haushalt 2008, der für Rüstung alles in allem 32 Milliarden € vorsieht, setzt da ein deutliches Signal.

Doch schauen wir auf einen anderen Punkt des neuen Grundsatzprogramms, der uns als WehrpflichtkritikerInnen ganz besonders interessiert. Beschlossen wurde, auf eine "Fortentwicklung der Wehrpflicht" zu setzen. Wenn es nach den Grundsätzen der SPD geht, werden bald nur noch diejenigen einberufen, "die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen". Klingt gut, beinahe richtig freiwillig. Der Haken: Dies geschähe dann "unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit, die die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet". Klartext: Alle werden gemustert und stehen ergo dem Militär zur Verfügung. Großes Plus für die Bundeswehr, denn sie muss nichts mehr tun, um die "Überschüssigen" loszuwerden, ohne dass die Tauglichen, die einberufen werden, sich ungerecht behandelt fühlen. Diejenigen, die zur Bundeswehr wollen, fühlen sich auch nicht ungerecht behandelt, es sei denn, die Bundeswehr befindet sie nicht für geeignet, aber das kommt ja auch jetzt schon hin und wieder vor. Weiteres Plus für die Bundeswehr: Sollte sie bei geänderter Politik doch mehr Männer einberufen wollen, kann sie dies unter Hinweis auf die Bedarfslage ohne große Umstände tun, denn gemustert sind alle, und wehrpflichtig sind sie auch. Und auch sonst ein Plus für die Politik: Sind schon mal alle Männer gemustert, kann man sie nach Bedarf auch zu anderen Diensten heranziehen oder auch eine allgemeine Dienstpflicht ausrufen. Die CDU wird's freuen, die steuert ja schon seit längerem Richtung allgemeine Dienstpflicht. Die Weiterexistenz der entsprechenden Ämter und Verwaltungen sorgt dann dafür, dass alle jungen Erwachsenen verplant werden können. Traurige Radieschen, die Genossen von der SPD. ◀

Wie bei den alten Preußen: Ehrentod fürs Vaterland?

Nun wurde der Grundstein doch noch nicht gelegt: Der Baubeginn des Bundeswehr-Ehrenmals, das Verteidigungsminister Jung auf dem Gelände des Berliner Verteidigungsministeriums errichten lassen will, verzögert sich. Wir finden: Nicht das Ehrenmal sollte diskutiert werden, sondern sein Anlass, der Soldatentod. Wofür sterben Bundeswehrsoldaten, und in wessen Auftrag? Wer nicht einverstanden ist, sollte sich informieren und äußern. **asfrab** publizierte im Frühling bereits eine Stellungnahme: www.asfrab.de/Publikationen/Positionen.php Eine kritische Begleitung mit einem umfangreichen Pressespiegel findet sich auch hier: www.gjanzing.de/bundeswehr_ehrenmal.htm

Neuigkeiten in eigener Sache

Auf der Mitgliederversammlung der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wurde Ralf Siemens in den neunköpfigen Vorstand gewählt. Ralf Siemens engagiert sich seit vielen Jahren antimilitaristisch und wehrpflichtkritisch und wird die Positionen von **asfrab** bei der Zentralstelle einbringen. ◀

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt